

Bürgermeister Lutz Urbach

Rede vor dem Stadtrat zur Einbringung des Haushalts 2011, 5. Oktober 2010



Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung,

„Sparliste der ‚kleinen Grausamkeiten‘“ und „Zwei Varianten voller Grausamkeiten“ – diese Überschriften waren am 21. September in unseren beiden Tageszeitungen zu lesen.

Diesen Überschriften folgten detaillierte Berichte über die Streichliste des Bürgermeisters und in den nächsten Tagen Kommentare und Interviews.

Für diese Berichterstattung bin ich Ihnen, liebe Vertreter der Presse, sehr dankbar. Damit haben Sie erstmals die Öffentlichkeit über die aktuellen Vorschläge zur Haushaltssanierung informiert und zum Austausch angeregt. Gerade letzteres ist mir viel wert, denn der Austausch von Meinungen, Anregungen und Bedenken hilft uns, mit der Situation vertraut zu werden.

Sich über die anstehenden Grausamkeiten austauschen, das müssen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Fraktionen und im Rat. Ihre Aufgabe wird es aber dann auch sein, Verantwortung zu übernehmen und zu tragfähigen, zukunftsweisenden Entscheidung über das Haushaltssicherungskonzept und den städtischen Haushalt zu kommen.

Das Stichwort „Generationengerechtigkeit“ sollte dabei unser Leitgedanke sein.

Es ist unverantwortlich, welchen Schuldenberg wir unseren Kindern hinterlassen!
Der Bund macht in diesem Jahr 80.000.000.000 Euro neue Schulden (1.000 Euro/Bundesbürger), das Land NRW 8.900.000.000 (pro Einwohner in NRW 500 Euro). Das sind schon 1.500 Euro je Bürger in Bergisch Gladbach. Von Seiten der Stadt kommen bei einem geplanten Defizit von rund 33.000.000 Euro in 2010 noch einmal 300 Euro dazu. Das sind auch für jedes meiner Kinder alleine in diesem Jahr neue Schulden von 1.800 Euro!

Eine Bitte an uns - ich schließe mich da ein: Tauschen wir doch vor diesem Hintergrund in unseren Diskussionen das Wort „Grausamkeit“ gegen das Wort „Notwendigkeit“ und die Worte „kaputt sparen“ durch die Worte „gesund sparen“.

Das mag uns helfen, die Perspektive zu wechseln, das heißt weniger über Verluste zu jammern, sondern Mut zu fassen, um unseren Beitrag zu leisten, die kommunale Finanzmisere aus eigener Kraft immer besser in den Griff zu bekommen.

Unser gemeinsames Ziel über alle parteipolitischen Grenzen hinweg ist es doch, notwendige Maßnahmen zu treffen, um sinnvoll zu sparen und um haushaltstechnisch gesehen gesund zu werden.

Da unsere Schulden unglaublich hoch sind und das jährliche Haushaltsdefizit uns regelmäßig über den Kopf wächst, ist uns doch allen klar, dass es bei Einsparungen kaum Ausnahmen geben kann.

Uns ist gleichermaßen klar, dass wir uns nicht allein auf das Land oder den Bund verlassen können. Ob und wann die es richten - das ist noch Zukunftsmusik.

Einen Hinweis möchte ich in diesem Zusammenhang aber doch geben dürfen: Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind im ersten Halbjahr 2010 die Kassenkredite in den Kommunen der alten Bundesrepublik um **4,772 Milliarden Euro gestiegen**. In den 5 hinzugekommenen Bundesländern haben sich die Kassenkredite der Kommunen in der gleichen Zeit **um 14 Millionen Euro reduziert**.

4,772 Milliarden Euro Plus gegenüber 14 Millionen Euro Minus; da stelle ich die Frage, ob es noch gerechtfertigt ist, dass die „West-Kommunen“ sich an der Finanzierung der Lasten aus der Einheit Deutschlands beteiligen – finanziert am Ende über Kassenkredite.

Aber nichtsdestotrotz: Unser Weg liegt zunächst in Bergisch Gladbach. Er ist unbestreitbar dornig, und er fordert von allen Beteiligten unserer kommunalen Gemeinschaft Opfer.

Als Ziel haben Sie, der Rat der Stadt, vorgegeben, die jährlichen Ausgaben um fünf Millionen Euro zu reduzieren.

Dabei gilt die Devise: Einsparungen sind unvermeidbar, Steuererhöhungen sind denkbar!

Genau genommen gibt es zwei Wege zum Ziel, beide hart - aber auf eine unterschiedliche Weise.

Daher haben Sie heute zwei Wegbeschreibungen für das Haushaltssicherungskonzept auf dem Tisch, zwei Vorschläge, wie wir fünf Millionen Euro einsparen können:

Die Verwaltung hatte Ihnen, dem interfraktionellen Arbeitskreis, eine Auflistung aller denkbaren HSK-Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Der interfraktionelle Arbeitskreis hat diese Ausarbeitung ohne Kommentar und ohne Priorisierung an die Verwaltung zurückgegeben.

Wir haben dann in kollegialer Beratung die Variante A – ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer – erarbeitet.

Für diesen Vorschlag hat die Verwaltung sämtliche Leistungen und Standards auf den Prüfstand gestellt und nach Umsetzbarkeit kategorisiert. Die Kriterien dafür waren:

1. Einsparungen müssen gerecht sein. Alle tragen etwas bei.
2. Im Bereich Jugend, Bildung und Soziales wird weniger gespart.
3. Die Verwaltung erbringt durch Personaleinsparungen einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung. Frei werdende Stellen werden zunächst nicht mehr besetzt, befristete Verträge nicht mehr verlängert.

Die Variante B beherzigt diese Kriterien, sieht jedoch moderatere Einsparungen vor – mit Erhöhung der Grundsteuer um 32 Punkte auf 487 und der Gewerbesteuer um 5 Punkte auf 460. Das bringt uns 1.280.000 Euro bei der Grundsteuer B und 250.000 Euro bei der Gewerbesteuer ein. Diese Summen würden die Einsparungen ein wenig mildern.

Was bedeutet dies für die Steuerpflichtigen?

Es bedeutet bei der Grundsteuer B je Wohneinheit eine Erhöhung von 15 – 40 Euro - im Jahr.

Bei der Gewerbesteuer zahlt ein Unternehmen, das bisher 5.000 Euro Gewerbesteuer gezahlt hat, 50 Euro und 55 Cent mehr – ebenfalls im Jahr.

Ich habe bereits deutlich gemacht, dass die Variante B mein persönlicher Vorschlag ist, den ich auch mit Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, Vertretern der Bürgerschaft und der Wirtschaft gedanklich durchgespielt habe.

Ich möchte Ihnen hier und jetzt noch einmal begründen, warum mir dieser Vorschlag besser gefällt.

Die Variante A ist unsozial und kontraproduktiv. Warum?

Sie würde dazu beitragen, unsere soziale und kulturelle Infrastruktur zu zerstören.

Hier wurden lediglich Ausgaben gestrichen, ohne zu fragen: Gibt es einen gerechteren, sanfteren Weg? Gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, Bürgerschaft und Wirtschaft noch stärker am Gemeinwesen zu beteiligen?

Das geht - geregelt und weitgehend gerecht - nur über die Erhöhung der Steuereinnahmen.

Natürlich muss sich auch meine Variante B dem Vorwurf des Rasenmäher-Prinzips stellen. Auch hier wird – fast überall – gespart.

Mir geht es einerseits darum, dass möglichst jeder, der in dieser Stadt lebt und von ihr profitiert, einen Beitrag zum Verzicht leistet.

Andererseits geht es mir auch darum, dass wir in unserer Stadt ein Stück Lebensqualität erhalten können, und dazu gehören neben wichtigen Ausgaben für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, Senioren und Menschen mit Behinderung auch einigermaßen gepflegte Grünanlagen, Brunnen, die in Betrieb sind, und helle Straßen. Davon profitieren wir alle, ob jung oder alt, behindert oder nicht behindert, kulturell oder sportlich interessiert.

Es ist mir auch wichtig, dem bürgerschaftlichen Engagement nicht komplett den Boden unter den Füßen zu entziehen. Wie jeder von uns weiß ich das Ehrenamt zu schätzen und natürlich möchte ich freiwillige Arbeit unterstützen, wo immer das geht.

Finanziell geht es zukünftig nicht mehr in dem bestehenden Maße.

Auch die städtische Kultur, das Bürgerhaus Bergischer Löwe und die Galerie Villa Zanders können nicht verschont werden. Norbert Pfenning hat es auf den Punkt gebracht: „Das ist so, als ob man Ihnen sagt: Wir schlagen Ihnen nicht den Kopf ab, sondern nur die Hand.“ Ohne Hand können wir weiterleben, ohne Kopf hingegen....

Ich denke, jeder Mensch in dieser Stadt weiß, dass wir radikal sparen müssen, aber so richtig akzeptieren, will das keiner von uns.

Die Satzkombination, die ich in den letzten Wochen am meisten gehört habe, lautet: „Natürlich muss gespart werden. Aber doch nicht bei uns.“ In den Tageszeitung war zu lesen: „Wir werden uns wehren“ oder „Wir werden verhandeln“.

Wogegen wollen wir uns wehren? Worüber wollen wir verhandeln? Gegen rund 30 Millionen Euro Jahresdefizit können wir uns nicht wehren, wir können auch nicht mehr verhandeln, wir alle haben Jahresdefizit und Schulden zu verantworten.

Und dabei stehen wir erst am Anfang eines Prozesses!

Was wir gerne ausblenden, ist die Tatsache, dass wir uns im nächsten Haushaltsjahr wieder mit der Frage eines Haushaltssicherungskonzeptes beschäftigen müssen, und im übernächsten Haushaltsjahr ebenfalls - usw. Und auch mit dem Korridor der freiwilligen Leistungen...

Unser Ehrenbürger Walter Hanel hat in diesen Tagen ein Buch mit dem Titel „5 nach 12“ herausgebracht. Meine Damen und Herren, dieser Titel könnte auch die Überschrift unserer Haushaltsberatungen sein. Es ist 5 nach 12.

Ich empfehle Ihnen die Alternative B, bin aber gerne bereit, auch über eine vernünftige und tragfähige Alternative C zu diskutieren.

In den kommenden Wochen wird sich eines sehr deutlich zeigen:

Wer stellt sich der Verantwortung?

Wer berät den Haushalt konstruktiv?

Aber auch:

Wer duckt sich weg?

Wer stellt nur Forderungen auf, ohne Deckungsvorschläge mitzuliefern?

Wer entzieht sich der Verantwortung?

Ich lade Sie alle ein, sich der Verantwortung als Ratsmitglied zu stellen!